

Niedersächsischer Landtag

16. Wahlperiode

109. Plenarsitzung

29. Juni 2011

Seite 14161

Axel Brammer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag fordert die SPD-Fraktion, dass endlich das immer wieder angekündigte Konzept für ein Beratungs- und Unterstützungssystem an allen Schulen vorgelegt und umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Bereits in den Stellungnahmen zu den Petitionen bezüglich der Streichung der Stellen für Schulpsychologen in Delmenhorst und Osnabrück aus dem Februar bzw. März 2008 hat das Ministerium seinerzeit darauf hingewiesen, dass eine Koordinierungsgruppe damit beauftragt ist, ein derartiges Konzept zu erarbeiten. Das ist drei Jahre her. Jetzt müssen endlich Taten folgen. Dazu gehört aber auch, dass schulische Sozialarbeit an jeder Schule unabhängig von der Schulform zur Verfügung stehen muss. Dazu gehören natürlich Konzepte, die mit den Trägern der örtlichen Jugendhilfe abgestimmt sind und eine Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeitern an Schulen und der Jugendhilfe ermöglichen. Dazu gehören verlässliche Arbeitsbedingungen für Fachkräfte in der schulischen Sozialarbeit.

Meine Damen und Herren, wer kein gesichertes Beschäftigungsverhältnis hat, der wird sich bei erster Gelegenheit wegbewerben.

(Zustimmung bei der SPD)

Die besten Kräfte gehen dann als Erste verloren. Das ist einer der Gründe, warum wir meinen: Wer gute Arbeit leistet, hat Anspruch auf anständige tarifliche Leistungen inklusive eines unbefristeten Arbeitsvertrages.

(Beifall bei der SPD)

Neben der schulischen Sozialarbeit müssen aber auch die Aufgaben der Schulpsychologie in der Beratung, Begleitung und Konzeptentwicklung neu definiert werden. Wir wollen, dass die unterschiedlichen Systeme nicht nebeneinander, sondern miteinander und aufeinander abgestimmt Hand in Hand gehen. Dazu gehört eine gute regionale Verteilung schulpsychologischer Beratungsangebote. Nach unserer Auffassung fehlen dazu zurzeit landesweit 60 Stellen.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung hat das seit Langem angekündigte Ziel, die Schulpsychologie durch den Ausbau von Beratungs- und Unterstützungssystemen an den niedersächsischen Schulen zu ersetzen, bis heute nicht erreicht. Die Zahl der dringend erforderlichen Beratungslehrerinnen und -lehrer ist bisher nicht erreicht worden und wird auch in absehbarer Zeit nicht erreicht werden. Deshalb muss die Stundenzahl bei den bereits vorhandenen Beratungslehrkräften aufgestockt werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, uns wird immer wieder erzählt, dass die Ausbildung einer Beratungslehrkraft lange dauert und teuer ist. Deshalb ist es unverständlich, warum eine Beratungslehrkraft mit einer teuren und aufwendigen Ausbildung diese Tätigkeit für nur drei Stunden ausüben soll, auch wenn an ih-



rer Schule ein höherer Fehlbedarf an Beratungslehrerstunden vorhanden ist. Das macht keinen Sinn.

(Beifall bei der SPD)

Wir waren mit fünf Stunden schon einmal besser aufgestellt. Diese Landesregierung hat die Stundenzahl im Jahr 2005 aber auf drei Stunden gesenkt. Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, wollten nach einer Haushaltsklausur im Februar 2009 die Stundenzahl sogar auf zwei Stunden senken. Immer wieder wurde uns der Ausbau der Unterstützungssysteme angekündigt. Nichts aber ist geschehen.

Ich sage Ihnen deshalb noch einmal das, was ich bereits am 6. Juni 2008 hier in diesem Hause gesagt habe - drei Jahre ist das inzwischen her -: Sie haben hier nach wie vor eine Baustelle, bei der die bisherigen Strukturen zerlegt, zukünftige angedacht, aber noch nicht ausformuliert worden sind.

Dadurch ist ein Vakuum entstanden.

(Beifall bei der SPD)

Die hier im Landtag eingehenden Petitionen zu diesem Thema signalisieren ebenfalls Handlungsbedarf. Aber Sie handeln nicht.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, mit diesem Antrag sprechen wir einen Bereich an, in dem sich engagierte Fachkräfte mit den täglichen Problemen in den Schulen auseinandersetzen, um sie zu lösen; sie arbeiten präventiv, damit das eine oder andere Problem gar nicht erst auftritt. Dabei sind sie Vertrauenspersonen für Schüler, Lehrer und Eltern. Diese wertvolle Arbeit hat sehr viel mehr Wertschätzung verdient.

(Zustimmung von Frauke Heiligenstadt [SPD])

Meine Damen und Herren auf der rechten Seite dieses Hause, wenn Sie es wirklich ernst meinen mit Sprüchen wie „kein Kind darf verloren gehen“, dann sollten Sie in genau diesem Bereich endlich handeln.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)